

2. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 19.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Sachstand und Weiterführung VRNnextbike
[Vorlage: 0162/2019](#)

Frau Körner (FB5 Stadtentwicklung/Bauwesen) informiert anhand der Präsentation über den aktuellen Sachstand und die Weiterführung VRN nextbike.

[Nähere Infos können aus der beigefügten Präsentation welche Bestandteil dieser Niederschrift ist entnommen werden.](#)

Frau Oberbürgermeisterin Seiler weist auf die Beratung und die Beschlussfassung im Stadtrat hin. Sie betont, dass der Fahrradverleih eigentlich eigenwirtschaftlich laufe sollte. Sie bittet um Entschuldigung, dass aufgrund der kurzfristigen Mitteilung von VRN keine frühere Information möglich war. Der aktuelle Vertrag läuft noch bis April 2020.

Frau Münch-Weinmann (Bündnis 90/ Die Grünen) fragt ob nähere Daten vorliegen zu den Anzahl der Fahrräder, den Altersgruppen der Nutzer sowie die Nutzungszahlen der einzelnen Verleihstationen. Sie findet die Metropolregion sollte hier Druck machen.

Frau Körner hat ebenfalls wie Frau Münch-Weinmann den Eindruck, dass an den Verleihstationen manchmal weniger Fahrräder zur Verfügung stehen. Sie weist darauf hin, dass eine genaue Anzahl wie viele Räder zur Verfügung stehen nicht bekannt ist. Die Zahlen können auch schwanken, da es zum Beispiel möglich ist, für eine größere Gruppe Fahrräder zu reservieren (so geschehen z.B. bei einem Ausflug von Auszubildenden der Stadtwerke Speyer, oder mit Asylsuchenden). Ebenfalls kann es vorkommen, dass Räder die eigentlich in Speyer stehen, bei anstehenden Großereignissen in z.B. Mannheim, für das Ereignis dorthin gebracht werden, damit dort ausreichend Räder zur Verfügung stehen.

Frau Körner sagt zu Informationen zu Nutzern und Altersgruppen als Anlage dem Protokoll beizufügen, wenn diese nicht der Schweigepflicht unterliegen. Es liegen Nutzungszahlen und Stationsbasierte Statistiken vor. Die am häufigsten genutzten Verleihstationen sind die an den Standorten Universität, Bahnhof und Postplatz.

Der Zeitdruck ist entstanden, da die Stadt Speyer erst Ende September informiert wurde. Frau Oberbürgermeisterin Seiler bestätigt, dass bis zum heutigen Tage noch kein offizielles Schreiben vorliegt.

Laut Frau Körner stammen diese Informationen aus einem großen Gremium (halbjährliche Jour-Fix Termine mit allen teilnehmenden Kommunen), es finden keine Einzelgespräche statt. Die Stadt Speyer waren die einzigen Teilnehmer im Gremium die kritisch nachgefragt haben.

Herr Dr. Moser (CDU) bedankt sich für die Präsentation und möchte gerne wissen, ob genaue Zahlen zu der Nutzung von den Top Standorten in anderen Gemeinden wie Mannheim oder Ludwigshafen bekannt sind. Laut Frau Körner sind die Zahlen bekannt, es besteht jedoch Schweigepflicht und die Zahlen dürfen nicht offen gelegt werden.

Herr Renner (SWG) übt Kritik an VRNnextbike wegen der Zuschusserhöhung und weil die Informationen so spät erfolgt sind und nun kurzfristig entschieden werden muss. Dies macht es schwer, nach Alternativen zu suchen.

Laut Frau Körner sind die Alternativen begrenzt. So gibt es sechs bekannte Anbieter. Nextbike ist Marktführer in Deutschland und sogar in Europa. In Deutschland gibt es zurzeit 6 bekannte Anbieter. Davon wurden bei einem Test von Stiftung Warentest 4 Anbieter mit Mangelhaft bewertet. Nextbike war der einzige Anbieter, der die Bewertung sehr gut erhalten hat. Ein weiterer Dienstleister ist zum Beispiel die Deutsche Bahn mit dem Verleihservice „Call a Bike“. Bereits vor 8 Jahren, bevor sich dann für VRNnextbike entschieden wurde haben mit der Deutschen Bahn Gespräche stattgefunden, ob von deren Seite aus Interesse besteht den Service in Speyer anzubieten. Dies wurde von der Bahn verneint. Der Bahnhof in Speyer ist kein primärer Standort für die Bahn. Frau Körner kündigt einen neuen Vorstoß in dieser Sache an.

Es gibt noch freie Modelle, wie zum Beispiel Obike. Diese haben jedoch mehrere negative Aspekte. Sie sind z.B. nicht steuerbar und sie sammeln Daten der Nutzer. Dies kann bei dem VRNnextbike Projekt ausgeschlossen werden. Die Nutzerdaten sind sicher.

Der Vorteil von Nextbike gegenüber den freien Anbietern ist, dass hier der Standort mitbestimmt werden kann. Es soll eine Prüfung erfolgen, ob eine Übernahme über die Stadtwerke (Verkehrsbetriebe) möglich ist, diese stehen auch schon in Kontakt mit anderen Gemeinden wie z.B. der Stadt Mainz/MVG da dies eine der wenigen Städte ist, die bereits ihr eigenes Verleihsystem aufgebaut haben. Andere Städte wie z.B. Augsburg haben zwar ein eigenes „Branding“, der Betreiber ist jedoch auch hier Nextbike. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Stadt Speyer mit den Stadtwerken ein eigenes System auf die Beine stellt, jedoch wird die Prüfung einiges an Zeit in Anspruch nehmen.

Laut Herrn Reif (Fachbereichsleiter FB5) hat sich die letzten 5 Jahre einiges auf dem Markt getan. Es gibt inzwischen sehr viele freie Anbieter, dies ist jedoch nicht gewünscht für die Stadt Speyer. Es sollen nicht an allen Ecken Räder rumstehen die man über das Handy leihen kann. Es soll alles Stationsgebunden sein und die Stadt soll mitentscheiden können, wo die Stationen aufgestellt werden. Bei dem Marktführer Nextbike schlägt die Unzufriedenheit um sich, so sucht z.B. auch Augsburg momentan einen anderen Anbieter, da diese mit Nextbike unzufrieden sind. Es wurde empfohlen über die Vertragslaufzeiten nachzudenken, sollte sich Speyer weiterhin an dem Projekt beteiligen. Es wurde empfohlen, über Alternativen nachzudenken. Dies bedeutet allerdings Vorlaufzeit. Es würde also eine Zeit ohne ein Fahrradverleihsystem hingenommen werden müssen. Er kritisiert ebenfalls die kurzfristige Information. Das ganze System sei kritisch zu hinterfragen.

Herr Mossau (VBS) hat das Gefühl, dass die Firma Nextbike ihre Position als Marktführer in den Vordergrund stellt. Die meisten Gemeinden die einen eigenen Verleihdienst anbieten setzen hierbei auf Nextbike und haben einfach nur das Branding der jeweiligen Stadt oder Stadtwerken. Es gibt die Überlegung eines gemeinsamen Aufbaus eines Verleihsystems, hierbei soll sich auch im Ausland umgeschaut werden. Er rechnet jedoch damit, dass die Marktsondierung mindestens 1 – 2 Jahre in Anspruch nehmen würde. So kurzfristig ist es nicht möglich, ein eigenes Verleihsystem auf die Beine zu stellen.

Herr Czerny (Bündnis 90/Die Grünen) will wissen, ob das Verleihsystem für die Stadt billiger wird, wenn es mehr Nutzer des Systems geben würde. So könnte z.B. gezielt in Eigenregie dafür geworben werden und sich nicht nur auf die Werbung von VRNnextbike verlassen werden. Er fragt nach Gründen für die Zuschusssteigerung.

Laut Frau Körner sind die Gründe für die höheren Kosten für die Stadt Speyer nicht bekannt, da dies nicht offen gelegt wird. Bei der Anfangsfinanzierung waren die Daten bekannt, da es hier eine Tabelle gab in der die einzelnen Positionen aufgeführt waren. Wie es nun zu der 30 % Preissteigerung gekommen ist, ist der Stadt nicht bekannt. In anderen Städten werden teilweise auf Kosten von Firmen Verleihstationen vor deren Firmengeländen aufgestellt. Auch in Speyer gibt es interessierte Firmen. Diesen Firmen wurde jedoch gesagt dass momentan abgewartet werden muss, ob das System überhaupt weiterhin so bestehen bleibt.

Mehr Nutzer der Fahrräder würde jedoch nicht speziell der Stadt Speyer zugutekommen, sondern den ganzen teilnehmenden VRNnextbike Partnern.

Laut Herrn Reif ändert sich für die Stadt nichts an den Kosten, wenn mehr Fahrräder ausgeliehen werden. Es besteht keine Möglichkeit, diese Kostensteigerung zu senken. Es könnte aber die MWST gespart werden, sollte das Projekt über die Stadtwerke Speyer laufen.

Herr Gebhardt (SPD) betont, dass darauf gedrungen werden muss die Zahlen bekannt zu geben bzw. wenn es nicht öffentlich erwünscht ist, zumindest ein Austausch zwischen den beteiligten Gemeinden erfolgen sollte. Trotzdem findet er, es wäre ein falsches Signal, wenn in den heutigen Zeiten in denen jeder über Mobilitätskonzepte redet das Verleihsystem in Speyer aus Haushaltsgründen abgeschafft werden würde. Er sieht hier noch viele offene Fragen.

Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) sieht es als wichtigsten Punkt sich mit den anderen Gemeinden zu solidarisieren. Zu den vorgestellten Lastenfahrrädern äußert sie Kritik, da der Preis sehr hoch ist. In anderen Gemeinden sei ein Verleih von Lastenfahrrädern über ehrenamtliche, Vereine und Fahrradgeschäfte erfolgt. Sie schlägt vor dies auch für Speyer in Betracht zu ziehen.

Zum Thema Solidarität teilt Frau Körner mit, dass sie, auch wenn sich in der Gremiumssitzung keine andere Gemeinde geäußert hat, nach dem erschienen Zeitungsartikel zu diesem Thema viel Zuspruch von den anderen Gemeinden erhalten hat. Diese kritisieren ebenfalls den zeitlichen Rahmen, die Art der Verhandlungen und die zum Teil schlechte Serviceleistung des Projekts. Laut Frau Körner fühlte sie, dass die Stadt Speyer nicht ganz ernst genommen wurde. Seit dem erschienenen Zeitungsartikel wird die Stadt Speyer nun ernst genommen.

Frau Körner betont, dass die Stadt Speyer das Verleihsystem gut findet, und dass es dieses in Speyer gibt. Es gibt allerdings den zeitlichen Rahmen, die Finanzierung, sowie die Serviceabläufe zu kritisieren. Das System soll gerne weiter geführt werden. Jedoch nicht zu diesen Konditionen.

Herr Dr. Moser (CDU) möchte noch wissen, ob bekannt ist ob die Nutzer hauptsächlich aus Speyer kommen, oder von den Umliegenden Gemeinden. Weiterhin interessiert er sich für die Geschäftszahlen der Nextbike GmbH. Er möchte wissen, ob es möglich ist anhand der

Stationskosten und der Nutzerzahlen für Speyer auszurechnen, was für einen Gewinn die Firma Nextbike erzielt.

Laut Frau Körner liegen keine Zahlen vor. Der Gewinn lässt sich auch nicht ausrechnen, da davon auszugehen ist, dass in den Stationskosten bereits der Gewinn eingerechnet ist. Es gibt eine Tabelle, in der ersichtlich ist, wie hoch die Anschaffungskosten für ein Fahrrad und der Unterhalt sind. Es ist nicht möglich zu sehen, an welcher Stelle da was hängen bleibt. Die genauen Zahlen aus dieser Tabelle dürfen auch nicht bekannt gegeben werden, da sie der Schweigepflicht unterliegen.

Herr Reif gibt an, dass es schwer nachzuvollziehen ist, wie so ein System nach 5 Jahren wieder für 5 Jahre einfach fortgeschrieben wird. Wie macht der VRN dies ohne Marktsondierung? Wenn die Stadt Speyer zum Beispiel bauen will, muss „jeder Stein“ ausgeschrieben werden. Dem VRN liegt so kein Preisvergleich zu anderen Anbietern vor. Herr Reif sieht hier noch sehr viele offene Fragen, die angesprochen werden müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler kündigt eine ausführliche Fragestellung Ihrerseits bei der nächsten Verbandsversammlung an. Die letzte Versammlung hat stattgefunden, bevor die Problematik mit VRNnextbike bekannt war. Sie betont erneut, die Stadt Speyer wünscht ausdrücklich ein Fahrradverleihsystem in Speyer. Dennoch ist es finanziert mit öffentlichen Mitteln. Es bedarf daher Transparenz, diese muss ggfls. von Vertragspartnern zukünftig stärker eingefordert werden, um Vergleiche machen zu können und dem Stadtrat eine stichhaltige Vorlage machen zu können, damit entschieden werden kann, ob die öffentlichen Mittel für dieses oder jenes System ausgegeben werden sollen. Aufgrund der knappen Zeit, ist es in diesem Fall nicht gelungen, dies ganz ausführlich zu diskutieren. Eine Bewertung sei an dieser Stelle dahingestellt. Im nächsten Schritt wird das Thema im Stadtrat beraten.

Gegenstand: Um- und Ausbau der Wormser Landstraße zwischen Alter Postweg und Auestraße Ergänzung des Beschlusses vom 21.11.2017 (Vorlagen-Nr.: 2394/2017)
[Vorlage: 0164/2019](#)

Der Um- und Ausbau der Wormser Landstraße zwischen Alter Postweg und Auestraße als Ergänzung zum Beschluss vom 21.11.2017 wurde von Herrn Lorenz (FB5 Stadtentwicklung/Bauwesen) vorgestellt.

Die vorhandene Lichtsignalanlage muss angepasst werden. Es wird zu keiner Kostensteigerung kommen. Es soll mit den Arbeiten begonnen werden, sobald die Witterung es wieder zulässt.

Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob im Alten Postweg keine Führung der Radfahrer vorgesehen ist. Laut Herrn Lorenz fahren die Radfahrer aus dem Alten Postweg auf der Fahrbahn mit und werden dann auf den Radweg der Wormser Landstraße geführt.

Herr Czerny (Bündnis 90/Die Grünen) würde eine Furt für Radfahrer sowie Wartelinien begrüßen. Laut Herrn Lorenz würde dies zu Einbußen im Verkehrsablauf führen, genauer bei der Umlaufzeit der Lichtsignalanlagen, und hätte so negative Auswirkung auf den gesamten Knotenpunkt.

Herr Dr. Moser (CDU) bittet darum zu beachten, die Bordsteine für Fahrradfahrer abzusenken.

Gegenstand: Öffnung von Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr in Gegenrichtung

Herr Lorenz stellt eine Übersicht der Einbahnstraßen, speziell Speyer Nord, anhand der Präsentation vor.

Nähere Infos können aus der beigefügten Präsentation welche Bestandteil dieser Niederschrift ist entnommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich bei Herrn Lorenz für die Präsentation. Sie kündigt bereits jetzt für die nächste Sitzung das Thema Fahrradstraßen an. Sie fasst zusammen, dass bisher schon 28 Einbahnstraßen für Radfahrer in Gegenrichtung freigegeben wurden. Das Fahrradkonzept und die Maßnahmen werden sukzessive bewertet und abgearbeitet. Anhand des Verkehrszeichenplanes in der Präsentation kann man sehen, wie die Beschilderung gestellt werden muss, sollte der Ruhende Verkehr aus der Straße genommen werden. Neben den Ortsterminen und Abstimmungen zwischen Verkehrsplanung, Straßenverkehrsbehörde und Polizei ist, falls die Straße freizugeben ist, Beschilderung zu setzen und die Markierung vorzunehmen.

Herr Hepper (Fahrradbeauftragter der Stadt Speyer) ist grundsätzlich ein Freund davon, Einbahnstraßen in Gegenrichtung für Radfahrer freizugeben. Er findet es jedoch unhaltbar, Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr freizugeben, bei denen nur 3 m Begegnungsbreite verbleiben. Er vermutet, dass ein Großteil der Radfahrer dann auf dem Bordstein fahren wird, obwohl sie dort nichts zu suchen haben. Als Beispiel nennt er die Mühlturnstraße. Bei zu geringer Breite haben die Fahrradfahrer Angst vor entgegenkommenden Fahrzeugen. Mit Bordstein und Sicherheitsabstand würden mindestens 4,20 m Begegnungsbreite benötigt. Er spricht sich dafür aus, die Einbahnstraßen erst ab einer verbleibenden Begegnungsbreite von 4,40 – 4,80 m für den Gegenverkehr zu öffnen, da er sonst die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer nicht gewährleistet sieht.

Laut Herrn Rudingsdorfer (Straßenverkehrsbehörde) ist ein Verbot der Einfahrt grundsätzlich erst einmal ein Verbot. Hier kann es Ausnahmen geben wie z.B. die Öffnung in Gegenrichtung für den Radverkehr. Laut StVO sind die 3 m bzw. 3,50 m ausreichend. Er bestätigt jedoch Herrn Hepper, dass er bei 3 m Restbreite auch nicht mit dem Fahrrad in eine Straße einfahren würde.

Laut Frau Oberbürgermeisterin Seiler hält sich die Stadt an die Maßgaben der StVO. Sie kündigt intensive Gespräche zum Thema Sicherheit im Straßenverkehr an. Das Thema ist Rücksichtnahme, aber auch das subjektive Gefühl der Sicherheit. Sie kann Herrn Hepper in vielen Fällen nur zustimmen. Dennoch liegt ein Auftrag des Stadtrates vor, die Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr zu prüfen. Die Überprüfung geschieht im Rahmen der StVO.

Laut Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) fehlen ihr die Piktogramme auf der Straße. In Mainz würde viel mit Markierungen gearbeitet werden, die auf eventuell entgegenkommende Radfahrer hinweist. Dies vermisst sie in Speyer, da die Autofahrer noch nicht dran gewöhnt sind. Sie fragt an, ob es nicht möglich wäre Tempo 20 vorzuschreiben, damit die Radfahrer sicherer fahren können.

In den Straßen die Aufgrund des Ruhenden Verkehrs nicht über die Notwendige Begegnungsbreite verfügen sollte alles im größeren Kontext gesehen werden. Wenn die Stadt es mit Klimaschutz ernst meint, muss der ruhende Verkehr extrem eingeschränkt werden. Die Begründung die Straße wäre zu eng, weil rechts und links geparkt wird kann zu heutiger Zeit nicht mehr gelten und ist überholt. Es muss überlegt werden, wie der Ruhende Verkehr eingeschränkt werden kann. Die Anwohner haben doch oft Hofeinfahrten, bei einem Bau müssen doch Stellplätze nachgewiesen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler betont, dass die Stadtverwaltung sehr wohl im größeren Kontext denkt. Um das Thema Ruhender Verkehr anders zu strukturieren benötigt die Stadtverwaltung den Rückhalt der Politik. Als Beispiel nennt sie den Feuerbachpark und wie damit umgegangen werden soll, dass der komplette Park zugeparkt ist. Vor Jahren hat der Zuständige Ausschuss nicht den Mut gefunden, zu sagen ein Parken ist dort nicht zulässig. Es müssen auf jeden Fall Alternativen für die Anwohner gefunden werden. Man muss ins Gespräch kommen. Auch die Politik muss ins Gespräch kommen mit den Bürgern unserer Stadt. Das Thema Mobilität ist keine Aufgabe alleine der Verwaltung. Die Politik soll auf die Bürger zugehen. Wenn z.B. eine Unterschriftenliste eines ganzen Straßenzuges vorgelegt wird und sich alle damit einverstanden erklären nicht mehr in der Straße zu parken, kann diese Straße gerne von der Stadtverwaltung freigegeben werden. Es muss aber den Anwohnern die Möglichkeit gegeben werden die KFZ abzustellen. Gegebenenfalls muss für Alternativen gesorgt werden. Bei großflächigen Haltverboten, wie jetzt zum Beispiel in den engen Altstadtgassen in denen für die Müllabfuhr an den Abholtagen ein Haltverbot eingerichtet werden soll, wird den Anwohnern einiges abverlangt. Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist auf die Bürgerversammlung und wünscht sich, dass die Versammlung auch von den Stadtratsmitgliedern besucht wird.

Zum Thema Tempo 20 gibt Herr Rudingsdorfer an, dass grundsätzlich Tempo 30 besteht. Tempo 20 ist in Geschäftsbereichen möglich. Er gibt zu bedenken, dass das Aufstellen einer Entsprechenden Beschilderung einen ungewollten Schilderwald nach sich ziehen würde. Die Verkehrsteilnehmer müssten innerhalb kurzer Zeit viele Schilder beachten. Die Markierungen werden an allen geöffneten Straßenzügen sukzessive abgearbeitet.

Herr Czerny (Bündnis 90/Die Grünen) bemängelt, das vielen nicht klar ist, wie sie sich mit dem Fahrrad verhalten zu haben. Als Beispiel nennt er den St. Guido-Stifts-Platz. Bündnis 90/Die Grünen haben bereits vor Jahren einen Antrag gestellt, mehr zu werben, wie man sich im Straßenverkehr verhalten soll. Ebenso sieht er Probleme bei der neu eingerichteten Fahrradstraße in der Vincentiusstraße. Vielen Verkehrsteilnehmern sei hier nicht klar, wie sie sich zu verhalten haben. Informationen hierüber wären ihm wichtig. Die Leute müssen aufgeklärt werden. In den Fahrschulen wird seiner Meinung nach zu wenig informiert.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler betont, dass eine der Grundvoraussetzungen zur Teilnahme im Straßenverkehr die Grundkenntnis der StVO ist. Dies ist grundsätzlich über die Eltern oder die Verkehrserziehung von der Polizei in Grundschulen gewährleistet. Um den Bürgern eine Art Verkehrserziehung wie von Herrn Czerny (Bündnis 90/Die Grünen) erwünscht zu bieten, müsste mindestens eine weitere Stelle geschaffen werden. Sollte zur Beratung im Stellen- und Haushaltsplan eine weitere Stelle zur Verfügung gestellt werden und es gewünscht sein, dass die Stadt Speyer die Verkehrserziehung übernimmt kann diese das gerne machen.

Frau Münch-Weinmann (Bündnis 90/Die Grünen) spricht den Lindenweg in Speyer Nord an. Wie von Frau Heller gesagt, müsste der Ruhende Verkehr aus der Straße genommen werden. Die Leute haben ja Einfahrten, in denen in der Regel kein Auto steht. Sie sieht es ähnlich wie in der Mühlturnstraße. Die Leute haben sich lange Zeit überhaupt nicht vorstellen können, dass diese von Radfahrern Entgegen der Richtung befahren werden kann. Es ist ein langer Prozess, der sich über die Jahre entwickelt hat. In der Mühlturnstraße hat es sich automatisiert und die Autofahrer haben sich daran gewöhnt. Sie ist der Meinung, dass sich dies auch in den Straßen in Speyer Nord automatisieren wird. Sie möchte wissen, ob es berücksichtigt wurde, dass zum Beispiel in der Wormser Landstraße keine zwei Autos nebeneinander fahren können. Hier muss auch gewartet werden. Dies kann man auf die Radfahrer übertragen.

Herr Hepper spricht das Thema Verkehrserziehung und Fahrschulen an. Welches Kind, das mit 11 Jahren auf der Straße fahren soll, weiß denn über die Straßenverhältnisse genau Bescheid und wo es wann Vorfahrt hat? Dies kann man von den Kindern nicht so verlangen wie von Erwachsenen, die einen Führerschein haben. Und selbst diese fahren auf dem Gehweg. In der Straßenverkehrsordnung ist strengstens geregelt, dass ein Fahrrad nichts auf dem Bürgersteig zu suchen hat, außer es wird so angeordnet. Es muss den Radfahrern bewusst sein, dass diese dort nichts zu suchen haben. Herr Hepper berichtet von seiner Erfahrung. So hat er zum Beispiel schon Schläge angedroht bekommen, wenn er einen Fahrradfahrer darauf hingewiesen hat, dass dieser auf der falschen Seite fährt, oder dass dieser nicht auf dem Bürgersteig fahren darf. Wenn er mit dem Fahrrad unterwegs ist, erwischt er täglich um die 15-20 Personen, die auf dem Bürgersteig fahren, oder ihm entgegen kommen. Die Radfahrer fahren dort direkt vor Einfahrten vorbei, was zu gefährlichen Situationen führen kann. Er bestätigt somit den Eindruck, dass sich viele Radfahrer nicht an die StVO halten. Er würde hier Schulungen durch die Polizei für sinnvoll erachten.

Herr Adam (FDP) berichtet von einschlägigen Lektüren und Unfallforschungen mit Kindern zu Fuß, und Kindern auf dem Fahrrad. Er fasst zusammen, dass Tempo 30 Zonen kreiert wurde aufgrund eines errechenbaren Anhalte Weges. 20er Zonen gibt es seiner Meinung nach nicht. Er sieht es ebenfalls so, dass eine derartige Beschilderung Chaos auslösen würde und bald keiner mehr weiß wie schnell er eigentlich fahren darf. Er sieht es aus Sicht des Autofahrers. Möchte man aus einer Einbahnstraße nach links ausfahren, soll man sich nach links hin einordnen. Wenn man dies nicht beachtet, besteht man seine Führerscheinprüfung nicht. Wenn in dem Moment das Schild Freigabe der Einbahnstraße für Radfahrer gesehen wird, oder eben nicht gesehen wird, ist dies für den Autofahrer tragisch. Er pflichtet Herrn Rudingsdorfer bei, dass ein Verbot der Einfahrt ein Verbot der Einfahrt ist. Er pflichtet ebenso Herrn Hepper bei, dass bei einem Fahrrad 80 cm und einem Sicherheitsabstand von 1,50 m also 2,30 m Platzbedarf bestehen. Ein normaler PKW bewegt sich im Normalfall laut Fahrzeugschein bei knapp 2 m. Hierbei fehlen jedoch noch die Außenspiegel. Es ist ein Irrsinn, ob das mit geparkten Fahrzeugen noch schlimmer wird. Wichtig wäre es hier mit Markierungen zu arbeiten. Es muss jedem Autofahrer verdeutlicht werden, dass hier etwas zur Sicherheit der Radfahrer gemacht wurde. Darauf sollte seiner Meinung nach viel Wert gelegt werden.

Momentan spricht sich jeder dafür aus, solche Wege zu kreieren wegen dem Klimaschutz. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit einer Vertreterin vom Bundesverkehrsministerium wurde gesagt, dass man sich nur vorstellen muss alles besser wird, wenn man die Elektromobilität mit rein bekommt. Herr Adam stellt sich die Frage wenn eine Stausituation kommt,

dann haben die Leute von den Batterien wenig Ahnung. Dasselbe gilt für die unter TOP 1 vorgestellten Fahrräder oder Anhänger für Kinder. Der benötigte Platzbedarf von den so genannten Cargo Fahrrädern macht die Räder teilweise auf normalen Fahrradwegen schon nicht mehr praktikabel. Es muss doch mit den Gegebenheiten die wir hier vor Ort nun mal haben und die nicht auf solche Dinge ausgelegt sind zurande kommen und damit arbeiten. So muss zum Beispiel am Postplatz ein Großfahrzeug wie ein Bus wenden. Die Autofahrer stellen sich sogar noch vorne dran und die Radfahrer auch noch vorne dran, mitten in den Weg. Herr Adam möchte in den heutigen Zeiten und bei den Gegebenheiten auch keinen Bus mehr fahren. Grundsätzlich ist es Herrn Adam egal, wie lange ein Auto ist. Aber es gibt Stellen, da ist es unangemessen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich für die Beiträge. Die große Überschrift zu dem Thema sollte sein Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Ob wir zu Fuß unterwegs sind, oder mit dem Fahrrad, PKW, oder sonstigen Neuerungen die auf uns warten. Mit Gegenseitiger Rücksichtnahme wäre uns in vielen Bereichen geholfen.

Gegenstand: Information zum Thema Salierbrücke

Frau Oberbürgermeisterin Seiler informiert, dass die Stadt Speyer bereits vor einigen Wochen bei dem Regierungspräsidium um einen gemeinsamen Termin gebeten hat für eine Informationsveranstaltung in Speyer. Speyer hat durch die Restaurierung und die damit verbundene Vollsperrung der Salierbrücke massive Einschränkungen im Bereich der Wirtschaft aber auch im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bisher ist es bedauerlicher Weise nicht gelungen einen gemeinsamen Termin anzuvisieren. Es gibt eine Einladung des Projektbegleitkreises zum 28.11., hierzu sind politische Vertreter und Vertreterinnen der Umlandkommunen eingeladen nach Hockenheim zu kommen. Der Termin konnte leider nicht so abgestimmt werden, dass die Teilnahme für Frau Oberbürgermeisterin Seiler möglich wäre, da an diesem Tag auch der Stiftungsausschuss tagt. Vertreter der Stadtverwaltung Speyer werden selbstverständlich an dem Termin teilnehmen. Frau Oberbürgermeisterin Seiler gibt an, mit mehr Nachdruck auf eine Informationsveranstaltung in Speyer Anfang des Jahres 2020 zu drängen. Es ist wichtig, dass im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen auch transparent informiert wird. Leider sind die ersten Anfragen nicht auf Zuspruch gestoßen.

Es ist wichtig, dass die Projektkoordinatoren die Bürgerinnen und Bürger aus Speyer informieren, und diese auf Fragen aus erster Hand eine Antwort erhalten können.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler kündigt weiter Informationen an, sobald ihr diese vorliegen. Auch soll über das Ergebnis des Projektbegleitkreises im nächsten Ausschuss informiert werden.

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Lorenz informiert über die Umgestaltung in der Diakonissenstraße wegen des dort neu eingerichteten Horts. Im April haben Gespräche zwischen der Elternvertretung, der Polizei, sowie Verkehrsplanung und Straßenverkehrsbehörde stattgefunden. So soll eine barrierefreie Querungsmöglichkeit angelegt werden, um den Hortkindern die sichere Überquerung der Diakonissenstraße zu ermöglichen. Die Stelle wurde dabei gezielt gewählt, im Einvernehmen zwischen Polizei, Verkehrsplanung und Straßenverkehrsbehörde. An dieser Stelle queren die Kinder die Straße, auch müssen hier die wenigsten Stellplätze wegfallen. Ein Parkplatz würde sowieso entfallen müssen, da hier ein Hydrant liegt der nicht zugeparkt werden darf. Ein weiterer Stellplatz wird für die Einrichtung der Überquerungshilfe entfallen. Die Elternvertreter haben positiv auf die geplante Querungshilfe reagiert. Bei den Anwohnern gab es einige Bedenken. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wird die Querungshilfe jedoch so ausgeführt wie geplant.

Herr Hepper spricht in Zusammenhang mit der Örtlichkeit noch die vorhandene Radwegebenutzungspflicht rund um den Feuerbachpark an. Diese seien auf Grund der vorhandenen Tempo 30 Zone nicht mehr notwendig.

Herr Rudingsdorfer sagt die umgehende Prüfung der Örtlichkeit zu und wird sich um die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht kümmern.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Moser (CDU), ob dies ein markierter Übergang wird, gibt Herr Lorenz an, dass es sich hierbei um eine ungesicherte Überquerungshilfe handelt. Die Straße wird, auch durch den Wegfall der Stellplätze, verengt, damit die Kinder beim Überqueren der Straße weiter auf der Straße stehen und somit sichtbarer für die Verkehrsteilnehmer sind.

2. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 19.11.2019



2. Sitzung des Verkehrsausschusses 19.11.2019 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!